

## **60 Jahre Historische Kommission zu Berlin e. V. – ein Blick nach vorn\***

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder und Freunde der Historischen Kommission zu Berlin.<sup>1</sup>

Ich danke Ihnen sehr, dass Sie der Historischen Kommission zu Berlin die Ehre erweisen und heute mit uns zusammen die Feierstunde zum 60jährigen Bestehen der Historischen Kommission zu Berlin begehen. Herr Prof. Dr. Michael Wildt, der Vorsitzende unserer Kommission, ist leider wegen eines Trauerfalls verhindert. Er lässt Sie herzlich grüßen und bedauert es sehr, dass er heute nicht hier sein und uns durch den Nachmittag und Abend begleiten kann. Ich werde versuchen, ihn, soweit es mir möglich ist, nach Kräften zu vertreten.

Der Vortrag ist zwar mit dem Untertitel „ein Blick nach vorn“ angekündigt, aber wer wüsste dies besser als wir, dass der Blick in die Zukunft ohne einen Blick in die Vergangenheit gar nicht zu leisten wäre. Insofern gilt es, die Geschichte der Kommission noch einmal zu betrachten, Bilanz zu ziehen und von dort aus einen Blick in die Zukunft zu wagen.<sup>2</sup>

Die Gründung der Kommission wurde im Juli 1958 beschlossen, und sie nahm im Februar 1959 mit der ersten Hauptversammlung offiziell ihre Arbeit auf. Die Kommission ist ein rein West-Berliner Kind. Sie beruft sich bei ihrer Arbeit aber immer gerne und mit einigem Recht auf ihre Vorgängereinrichtungen, besonders auf die im Jahre 1925 eingerichtete „Historische Kommission für die Provinz Brandenburg und die Reichshauptstadt Berlin“.

Die Aufgabe dieser Kommission war es, Quellen zur Geschichte der Mark und der Reichshauptstadt herauszugeben und die Geschichtsforschung durch Untersuchun-

---

\* Der Text ist zuerst erschienen in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Bd. 65 (2019), hrsg. von Wolfgang Neugebauer/Klaus Neitmann/Uwe Schaper/Michael Wildt, Berlin 2020, S. 149–155.

<sup>1</sup> Der Vortrag bei der Festveranstaltung am 15. Februar 2019 wurde für den Druck leicht überarbeitet.

<sup>2</sup> Die nachfolgenden Ausführungen basieren auf der Ausarbeitung von Uwe Schaper, Aüßeruniversitäre Forschungen zur Landesgeschichte für Berlin und Brandenburg nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Die Historische Kommission für Pommern 1911–2011. Bilanz und Ausblick. Hrsg. v. Nils Jörn u. Haik Thomas Porada (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern. Reihe V: Forschungen zur Pommerschen Geschichte, 47), Köln/Weimar 2018, S. 81–98. Daraus übernommene Textpassagen sind nur gesondert gekennzeichnet, wenn sie direkt aus Quellen zitiert werden.

gen und Darstellungen zur brandenburgischen Geschichte zu fördern, wozu Provinz und Stadt finanzielle Mittel zu gleichen Teilen bewilligten. Nach einseitiger Mittelkürzung durch die Stadt Berlin kündigte der Provinzialverband Brandenburg schließlich die weitere Zusammenarbeit mit Berlin für die Kommission zum 1. April 1939 auf. Warum hätten Berlin und der brandenburgische Provinzialverband auch etwas füreinander zahlen sollen, wo doch die nationalsozialistischen Machthaber mit Fleiß die strikte verwaltungsmäßige Trennung von Stadt und Provinz vorangetrieben hatten.

Schon an dieser Stelle fallen mehrere Konstanten auf, die die spätere Kommission ebenfalls begleiten sollten: Erstens ist die außeruniversitäre Erforschung der Landesgeschichte, sofern sie sich nicht rein auf bürgerschaftliches Engagement stützen will, in einem größeren Umfang mit der institutionellen und der Projektförderung durch die öffentliche Hand verbunden, wenn nicht gar auf Dauer ohne sie unmöglich. Zweitens ist es ein großes Problem, für die Erforschung eines zusammenhängenden historischen Raums Mittel der öffentlichen Hand einzuwerben, wenn dieser Raum verwaltungsmäßig getrennt ist. Drittens muss man sich gewahr sein, dass die Teilhabe an einem Fördersystem zwar gewisse Kontinuitäten mit sich bringt, auf der anderen Seite aber auch Abhängigkeiten bedeuten kann.

1943, also mitten im Krieg, wurde die Kommission zwar noch einmal neu begründet, doch nicht mehr gemeinsam, sondern für Provinz und Stadt getrennt: als „Historische Kommission für die Provinz Brandenburg“ und als „Landesstelle der Reichshauptstadt für Geschichte, Heimatforschung und Volkskunde“. Doch an eine fachliche Tätigkeit konnte nicht mehr gedacht werden.

Den Anstoß zur Neuorganisation der eigentlich außeruniversitären landesgeschichtlichen Forschung für Berlin und Brandenburg-Preußen nach dem Weltkrieg gaben in der schon geteilten Stadt neu berufene Professoren der noch jungen Freien Universität im Westteil Berlins. Ohne die Freie Universität ist die Historische Kommission zu Berlin nicht denkbar, ohne sie hätte es diese Kommission nicht gegeben. Insofern drückt der damals gewählte Name „Berliner Historische Kommission beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin“ die Realität aus, war aber ein sprachliches Monstrum. In einer Presseerklärung zur Gründung hieß es, die Kommission „plant, fördert und veröffentlicht [...] wissenschaftliche Arbeiten über Berlin und sein Umland“.<sup>3</sup> Damit war das Arbeitsprogramm, an das die Kommission heute wieder anknüpft, beinahe schon festgeschrieben. Auch wurde von Beginn an, ebenso wie heute, großer Wert auf eine interdisziplinäre Mitgliedschaft gelegt. Die landesgeschichtliche Arbeit der neuen Kommission mit Standort in West-Berlin war aber weitgehend vom Quellenmangel bestimmt, da viele Quellen ausgelagert waren und der Zugang zu den Archiven in der DDR und in Polen nicht unbeschränkt möglich war. Insofern gab die Historische Kommission den Professoren der Freien Universität den institutionellen Hintergrund zunächst für landesgeschichtliche Pro-

---

<sup>3</sup> Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep. 162 A, Historische Kommission zu Berlin, Nr. 1, ohne Seitenzählung. Pressemitteilung vom 10.02.1959.

jekte, die im Rahmen der universitären Forschung nicht zu leisten waren. Es mussten also weitere Arbeitsfelder für die Kommission gesucht werden, wenn man dieses System etablieren wollte. Diese Arbeitsfelder ergaben sich aus der Rolle und Funktion Berlins als Hauptstadt, eben nicht nur Brandenburgs, sondern auch Preußens, und, nach 1871, des Deutschen Reiches, als ein europäisches Kultur- und Wissenschaftszentrum und eine weltwirtschaftliche Metropole, sowie schließlich, nach dem Zweiten Weltkrieg, als ein weltpolitisches Kräftezentrum zwischen West und Ost. In einer Denkschrift von 1961 heißt es dazu: „Ihr Arbeitsprogramm, das die Planung, Förderung und Veröffentlichung wissenschaftlicher Arbeiten über Berlin und sein Umland vorsieht, erkennt jenen Vorhaben besonderes Gewicht zu, die Berlins Stellung als Hauptstadt Deutschlands und im europäischen Geistesleben sowie in seiner weltwirtschaftlichen Verflechtung behandeln. Angesichts der politischen Lage faßte es die Kommission zudem als besondere Verpflichtung auf, die Auseinandersetzung mit den Erzeugnissen östlicher Pseudowissenschaft zu führen“.<sup>4</sup> Das war Systemkonkurrenz in Reinkultur, und auch die Staatliche Archivverwaltung der DDR konterte noch 20 Jahre später, als sie sich mit der „konterrevolutionären Tätigkeit“<sup>5</sup> der Historischen Kommission auseinandersetzte.

Aus der stark eingeschränkten Zugänglichkeit zur Quellenbasis, vor allen Dingen aber verbunden mit den Interessengebieten des Vorstands und der Mitglieder der Kommission entwickelten sich Ansätze, die aus dem Rahmen einer rein landesgeschichtlichen Kommission hinauswuchsen: zunächst Themen zur preußischen Geschichte – allgemein wie zu ihren einzelnen territorialen und sachthematischen Problemen – und zur Geschichte des Verhältnisses zwischen Deutschen und Slawen im Bereich Mittel- und Ostdeutschlands. Darüber hinaus wurden Themen relevant, die zwar stets auch oder gar primär einen berlinischen Bezug hatten, in der Behandlung aber weit in die deutsche und europäische Geschichte hinein wiesen: etwa Studien zur Geschichtsschreibung in Deutschland oder zur deutsch-jüdischen Geschichte und Geschichtsschreibung. Daneben gab es breit angelegte Studien zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte im Ausschnitt der Berlin-Brandenburgischen Geschichte, aber auch zum deutschen Widerstand im NS-Staat und schließlich zur deutschen gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung. Mit der Aufnahme des letztgenannten Themenbereiches wurde den Mitgliedern der Kommission die grundsätzliche Erweiterung der Kommissionstätigkeit erstmals voll bewusst, die sie bis dahin unter der Formel „Landesgeschichte ist auch allgemeine Geschichte im Ausschnitt einer historischen Landschaft“ mehr indirekt akzeptiert hatten. Die Kommission hatte sich damit eine Doppelaufgabe gestellt: die Wahrnehmung landesgeschichtlicher und allgemeinesgeschichtlicher Forschungs- und Publikationstätigkeit, letztere aber auch im Ausschnitt der historischen Landschaft Berlin-Brandenburg. Verbunden mit dieser Erweiterung des Aufgabenfeldes war eine Umbenennung

---

<sup>4</sup> Landesarchiv Berlin, B Rep. 002, Nr. 8008, Historische Kommission zu Berlin e. V., Denkschrift vom 12.10.1961, S. 2.

<sup>5</sup> Landesarchiv Berlin, C Rep. 104, Nr. 2195, Handakte zum Stadtarchiv Berlin, ohne Seitenzählung.

des Vereins, der sich seither „Historische Kommission zu Berlin“ nennt. Die Janusköpfigkeit bezogen auf die wissenschaftliche Ausrichtung der Kommission veranlasste die Kommissionsmitglieder zu einem weiteren Schritt: Dem Berliner Senator für Wissenschaft und Kunst wurde im Juni 1965 die Denkschrift eines Gründungsausschusses „Historisches Forschungszentrum Berlin“ vorgelegt. Das Zentrum sollte die Aufgabe haben, „in enger Zusammenarbeit mit dem Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin sowie mit überregionalen und internationalen Forschungsstellen die Geschichtswissenschaft unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte Berlins, seines Umlandes und Preußens zu fördern. Zu diesem Zweck hätte das Historische Forschungszentrum geschichtswissenschaftliche Forschungs- und Publikationsvorhaben sowie Studienaufenthalte auswärtiger Gelehrter in Berlin zu fördern und Kongresse, Arbeitstagungen und Vorträge im Sinne eines modernen Konsultationsprogramms zu veranstalten. Der Ausschuß hofft damit zugleich einen jener Impulse zu geben, die darauf abzielen, Berlins Geltung als kulturelles Zentrum erneut zu bestätigen.“<sup>6</sup>

Inhaltlich sollte zwar auf der bisherigen Arbeit der Historischen Kommission aufgebaut werden, jedoch war man durchaus bereit, im Rahmen der Verbreiterung des Aufgabenspektrums selbst die Bezeichnung „Historische Kommission“ aufzugeben, was dann aber doch nicht zum Tragen kommen sollte. Immerhin reichte der inhaltliche Ansatz, um, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der politischen Situation in West-Berlin und als Vorposten für „die Auseinandersetzung mit den Erzeugnissen östlicher Pseudowissenschaft“<sup>7</sup>, in einem erheblichen Maße Landesförderung und Drittmittel zur Verfügung zu haben. So standen der Kommission für ihr breites Aufgabenspektrum im Jahre 1991 insgesamt 40 fest angestellte respective über Drittmittel- oder Arbeitsbeschaffungs-Projekte zeitweise angestellte Mitarbeiter zu Verfügung, und das Haushaltsvolumen betrug 3,8 Millionen DM zuzüglich 1,4 Millionen DM an eingeworbenen Drittmitteln.

Eine Begutachtung der Historischen Kommission durch den Wissenschaftsrat im Jahre 1992 im Rahmen der Neuordnung der Wissenschaftslandschaft im wiedervereinten Deutschland und im Hinblick auf eine angestrebte Aufnahme in die Bundesländer-Förderung („Blaue Liste“) führte dann aber zu nicht vorhersehbaren einschneidenden Änderungen. Der Wissenschaftsrat empfahl, die Arbeit der Kommission künftig auf zwei Forschungsbereiche zu konzentrieren, und zwar auf die Stadt- und Landesgeschichte einerseits sowie auf die Geschichte Preußens und seiner Nachbarn andererseits. Diese Empfehlung wurde vom Berliner Senat aufgenommen, und die etatmäßige Förderung wurde bis auf einen minimalen Rest gestrichen. Ob diese Entwicklung wirklich unvorhersehbar war, sei dahingestellt. Jedenfalls fehlte nun der politische Rückhalt, und das bisher gut funktionierende Konzept der Kommission passte nicht mehr zur neuen strategisch grundsätzlichen Ausrichtung, wobei weiter-

---

<sup>6</sup> Landesarchiv Berlin, B Rep.002, Nr. 8008, Historische Kommission zu Berlin e. V., Anschreiben zur Denkschrift vom 01.06.1965.

<sup>7</sup> Wie Anm. 4.

gehende erinnerungspolitische Überlegungen, in denen die Kommission keine Rolle mehr spielen sollte, schließlich mehr oder weniger in den märkischen Sand gesetzt wurden (Stichwort: „Preußen-Institut“). Die Entscheidung zum Umbau der Kommission kam einem ungebremsten Absturz aus großer Höhe gleich. 1996 mussten alle Mitarbeiter entlassen werden, und das Forschungsprogramm wurde, sofern überhaupt noch möglich, stark eingekürzt wieder mit einem allein landesgeschichtlichen Ansatz aufgenommen. Man begann also inhaltlich ungefähr wieder dort, wo man schon 1959 begonnen hatte, allerdings unter denkbar schlechten Voraussetzungen. Es ist vor allem das große Verdienst von Wolfgang Ribbe, der damals den Vorsitz übernahm, dass die Kommission überhaupt weiterarbeiten konnte und überlebte. Während sich die ehemals enge Verzahnung mit dem Friedrich-Meinicke-Institut der Freien Universität löste, traten mit dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv und dem Landesarchiv Berlin drei archivische Einrichtungen als starke Säulen für die Fortführung der Arbeit in den Vordergrund. Auch das Zurückdrängen der universitären landesgeschichtlichen Forschung in unserem Raum wirkte mehr als ungünstig nach, unterstreicht aber bis heute die Notwendigkeit der Existenz einer Historischen Kommission als Expertengemeinschaft. Erst fast eineinhalb Jahrzehnte später gelang es, die institutionelle Förderung durch den Berliner Senat wieder so zu erhöhen, dass zumindest mit Ellen Franke eine wissenschaftliche Geschäftsführerin eingestellt werden konnte, die die Arbeiten in der Kommission koordiniert. Somit konnten im Zusammenspiel von Vorstand, Mitgliedern, Kooperationspartnern und Geschäftsführung Ansätze geschaffen werden, der Kommission nicht nur das reine Überleben zu sichern, sondern sie mit aller Vorsicht zukunftsfähig aufzustellen. Stadt-, landes- und regionalgeschichtliche Forschungsthemen gewinnen auch in der öffentlichen Wahrnehmung als eigenständige Ansätze und in Verbindung mit anderen Teildisziplinen der historischen und der interdisziplinären Forschung wieder an Bedeutung, und so gilt für die Historische Kommission in gewisser Weise auch noch das Motto der späten 60er Jahre: „Landesgeschichte ist auch allgemeine Geschichte im Ausschnitt einer historischen Landschaft.“

Mit der jüngsten Entwicklung Berlins als Boom-Town rückt auch die Historische Kommission wieder mehr in das öffentliche Bewusstsein. In der streitigen Auseinandersetzung zur Gestaltung der wachsenden Stadt finden auch Überlegungen zum Umgang mit der Vergangenheit und mit den Zeugnissen der Vergangenheit ihren Platz. Gerade die Frage, wie historisch die Stadt in Zukunft entwickelt werden soll, bewegt die Gemüter. Diese Diskussion wird nicht nur am Kabinetttisch, sondern auch unter breiter Bürgerbeteiligung geführt. Neben anderen entwickelt sich die Kommission mit ihrem fundierten Wissen und ihrer Expertise wieder als verlässlicher und unverzichtbarer Partner. Hier arbeitet die Kommission eng zusammen mit Wissenschaftlern, Geschichtsvereinen, Gedächtnisinstitutionen, wie zum Beispiel Archiven und Gedenkstätten, sowie Museen gemeinsam für den Transfer von historischem Wissen in die Stadtgesellschaft. Als jüngstes Beispiel sei hier auf das Kolloquium zum Grauen Kloster hingewiesen, das am 20. Mai 2019 stattfin-

den wird. Als institutionelles Beispiel kann der Historische Beirat beim Senator für Kultur und Europa gelten, in dem die Kommission führend mitarbeitet und nicht nur zusammen mit anderen den Senator in historischen Sachfragen berät, sondern auch innerhalb einer Jury Projektanträge für die Gestaltung historischer Stadtmarkierungen begutachtet. Auf den Punkt gebracht: Netzwerken ist angesagt.

Innerhalb des Historischen Beirats wird nun auch mit dem Berliner Gedenktafelprogramm ein altes Projekt der Historischen Kommission weitergeführt. Christine Fischer-Defoy wird gleich darüber berichten.

Meine gerade gemachten Ausführungen verweisen auf eine Entwicklung, die sich vielleicht eher noch unbemerkt vollzieht: Auf der sicheren Basis der wissenschaftlichen Erkenntnis entwickelt sich die Kommission zu einem öffentlichen Forum. Sie lädt offen und nicht nur auf rein wissenschaftlicher Ebene als politisch unabhängiges und außeruniversitäres Gremium ein, sich mit der Geschichte, dem Umgang mit Geschichte und der Bedeutung und der Stellung von Geschichte auseinanderzusetzen und sich zu verständigen. In dieser Entwicklung glaube ich wirkliches Zukunftspotential für die Kommission zu entdecken.

Ein großes Problem bleibt weiterhin das komplette Fehlen reiner landesgeschichtlicher Lehrstühle in Berlin in mehrfacher Hinsicht. Wie sollen landesgeschichtliche Aspekte kompetent Gehör finden, wenn der wissenschaftliche Nachwuchs fehlt, der diese Aspekte in seiner Arbeit berücksichtigt und weiterträgt. Auch hier sieht die Kommission eine Aufgabe für sich, indem sie verstärkt auf Inhaber historischer Lehrstühle in und um Berlin zugeht, damit auch landesgeschichtliche Fragestellungen in der wissenschaftlichen Ausbildung ihren Platz finden. Immerhin lebt ja auch die Historische Kommission selbst davon, dass sie stetig neue Mitglieder rekrutieren kann, die die Arbeit generationsübergreifend weiterführen. Darüber hinaus versucht sie selbst an Attraktivität zu gewinnen, indem sie unter dem Titel „HiKo\_21“ ein eigenes Nachwuchsprogramm entwickelt hat und einen Förderpreis für den wissenschaftlichen Nachwuchs ausgelobt hat. Ellen Franke wird dazu gleich näher berichten können.

Eine weitere große Herausforderung besteht in der Digitalisierung, die nicht nur den Alltag und die Arbeitswelt massiv verändert. Gerade der Transfer von verlässlichem Wissen hat sich bei der sich stetig entwickelnden Zahl von Medien und der weiter zunehmenden Schnelligkeit der Verbreitung von Unwissen oder gezielten falschen Nachrichten als Herausforderung für uns erwiesen. Als eine mögliche Antwort auf diese Herausforderungen kann das Projekt der „100 Schlüsselquellen“ in unserem Internetauftritt gelten, das ich Ihnen selbst noch kurz vorstellen werde.

Auch in die ‚Ordnung des Wissens‘ wird die Digitalisierung fundamental eingreifen. Hier gilt es klare Strukturen zu schaffen. Erst kürzlich hat die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz dazu aufgerufen, eine nationale Forschungsdateninfrastruktur aufzubauen. Auch hier ist die Historische Kommission als Forum gefragt, mit ihrer Kenntnis um dezentrale, projektbezogene oder auch nur temporär zugängliche Datenbestände und ihrer langen Zusammenarbeit mit Archiven als Infrastrukturein-

richtungen und Infrastrukturdienstleistern für unseren Raum mit dazu beizutragen, dass diese Daten forschungs- und nutzungsorientiert zentral zur Verfügung gestellt bleiben.

Ich habe es, um zum Schluss zu kommen, im Vorfeld unterlassen, einmal die Anzahl der Publikationen zusammenzuzählen, die in den letzten 60 Jahren in der und durch die Historische Kommission entstanden sind. Es ist auf jeden Fall höchst beeindruckend, wenn man einmal vor dieser Bücherwand steht. Der Wert dieser zum Teil grundlegenden Publikationen ist unumstritten. Grund genug, dass die Kommission auch zukünftig diese traditionelle Form der Wissensvermittlung nicht aus dem Auge verlieren wird. Ein Flaggschiff bleibt nach wie vor das „Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands“, von dem immerhin und trotz mehrjähriger Pause zu Beginn der 1990er Jahre in 60 Jahren Historischer Kommission 63 Bände erschienen sind.

Dass die Kommission mehrere Flaggschiffe verträgt, ohne gleich vom Kurs abzukommen, darüber wird Ihnen Herr Neitmann nach der musikalischen Pause in seinem Vortrag über die „Brandenburgische Geschichte in Einzeldarstellungen“ berichten.

Am Ende meines Vortrags bleibt es, Frau Franke und Herrn Huber herzlich für die Organisation dieses Nachmittags und Abends zu danken. Herrn Petermann danke ich nochmals, dass wir heute seine Gäste sein dürfen. Nicht vergessen möchte ich die Vertreterinnen und Vertreter der Senatskanzlei – Wissenschaft und Forschung, die die Gestaltung dieser Veranstaltung großzügig gefördert hat.

Die Historische Kommission zu Berlin kann auf eine sehr wechselvolle 60jährige Geschichte zurückblicken, die genauso wechselvoll wie die jüngere Geschichte des historischen Raumes ist, den es zu erforschen gilt. Herr Wildt und ich sehen uns auf einem guten Weg, die Historische Kommission zu Berlin wieder so aufstellen zu können, dass sie auch von kommenden Generationen als fester und nicht verzichtbarer Bestandteil der Erinnerungskultur wahrgenommen und geschätzt wird.